

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
Dr. Bösen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streissland,  
in Breslau bei Emil Habath.

# Posener Zeitung.

Nenn und liebzigster Jahrgang.

Mr. 303.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 29. April. Der König hat dem Kreisgerichts-Rath und Abt.-Dirig. Genitz zu Merseburg den R. A.-D. 3. Klasse mit der Schleife; dem Bürgermeister, Hauptmann a. D. von Belsen zu Rheindorf, im Kreise M.-Gladbach, den kgl. K. 3. Kl. verliehen, den Kreisgerichts-Direktor Gryczewski zu Sensburg in gleicher Eigenschaft nach Streitlen versetzt, sowie zu Kreisger.-Direktoren ernannt: den Kreisgerichts Rath Fritz in Stendal bei dem Kreisger. in Salzwedel, den Kreisger. Rath Weizennmüller in Noworazlau bei dem Kreisger. in Sensburg und den Kreisger. Rath Schellbach in Myślowitz bei dem Kreisger. in Kauffehn; ferner den Kreisrichter Große zu Potsdam zum Reg.-Rath und den bish. ersten Kustos und Bibliothekar Dr. Johannes Rödiger in Breslau zum Bibliothekar der kgl. und Universitäts-Bibliothek in Königsberg i. Pr. ernannt; dem Fabrikbesitzer Carl Heinrich Wilhelm Friedrich zu Luckenwalde den Charakter als Kommerzien-Rath verliehen; und den Ober-Bürgermeister Wilhelm Becker zu Dortmund, in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Düsseldorf getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Düsseldorf, unter Beilegung des Titels „Ober-Bürgermeister“ auch für dieses neue Amt, auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Es sind definitiv angestellt worden als ord. Seminarlehrer die provis. Seminarlehrer: Erdmann zu Boppard, Piegras zu Mettmann, Blanz zu Mols und Krohn zu Brühl; desgleichen als Seminar-Hilfslehrer die provis. Hilfslehrer Osse zu Mettmann und Hülger zu Brühl.

Der Kreisrichter von Kaltenborn in Sensburg ist an das Kreis-Ger. in Johannisburg versetzt. Der Ger.-Ass. Hagedorn ist zum Kreisrichter bei dem Kreis-Ger. in Quedlinburg und der Ger.-Ass. Küller zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Hillesheim ernannt. Die Verfolgung des Kreisrichters Thilo in Jacobshagen an das Kreis-Ger. in Güstrow ist auf seinen Antrag zurückgenommen, der Kreisrichter Freimahl in Schubin ist in Folge seiner Ernennung zum Reg.-Rath aus dem Justiz-Dienst geschieden, der Kreisrichter Laskner in Neubrandenburg ist gestorben, versetzt sind: der Staatsanwalt Betke in Frankfurt a. O. an die Staatsanwaltschaft des Stadtgerichts in Berlin und der Staatsanwalt-Gehilfe Böswinkel in Marienwerder an die Staatsanwaltschaft des Kreis-Ger. in Halle a. S. Zu Staatsanwalts-Gehilfen sind ernannt: der Kreisrichter von Adelsheim in Altona, der Ger.-Ass. Lingner, der Ger.-Ass. Thielmann, der Ger.-Ass. von Hanstein und der Ger.-Ass. Lehmann bei der Staatsanwaltschaft des Stadt-Ger. in Berlin, der Ger.-Ass. Dr. Menge bei der Staatsanwaltschaft des Kreis-Ger. in Berlin, der Ger.-Ass. Draeger bei der Staatsanwaltschaft des Ger.-Ger. in Bochum und der Gerichts-Assessor Ahlemann bei der Staatsanwaltschaft des Kreis-Ger. in Essen. Der Ober-Ger.-Amtsleiter Kleinert in Hannover ist zugleich zum Notar für den Bezirk des Ober-Gerichts dafelbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in der Stadt Hannover, ernannt worden.

## Vom Landtage.

### 45. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß.)

Berlin, 29. April. Im Fortgang der zweiten Beratung der Eisenbahnvorlage war nach der mitgetheilten Rede des Abg. Birchow von dem Abg. Lascher der Antrag eingegangen, über die Nummer 5 des § 1 erst nach der Entscheidung über § 2 abzustimmen. Das Haus war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Fürst Bischoff: Bei der annähernden Erföpfung der sachlichen Debatte halte ich mich für verpflichtet. Ihre Zeit mit einer Verlängerung derselben meinerseits nicht in Anspruch zu nehmen; ich wollte nur auf eine persönliche Anregung des Abg. Birchow antworten. Derselbe hat gesprochen, wie mir scheint, unter dem Eindruck einer lebhaften Besorgniß über einen inneren Zwiespalt im jetzt bestehenden Ministerium; ich halte es für meine Pflicht, und hoffe, er wird es mir Dank wissen, wenn ich darüber so schnell wie möglich beruhige. (Heiterkeit.) Namentlich zwischen dem Herrn Handelsminister und dem Ministerpräsidenten sind Meinungsverschiedenheiten über diese Angelegenheit, seit sie überhaupt im Staatsministerium verhandelt wird, gar nicht hervorgetreten. Wir haben jederzeit dieselbe Auffassung vertreten und sind vollständig einig. Wir wünschen es aber auch immer zu bleiben, und ich namentlich in der Erinnerung daran, daß ich mit den früheren Verwaltungen — der Vorredner hat wahrscheinlich die Zeit, die vergangen hinter uns liegt, verwechselt mit der Gegenwart — mich in der Gesamtansicht nicht immer so im Einvernehmen befinden haben. Gerade weil wir einig zu bleiben und die Elemente zwiespältiger Auffassung auch für die Zukunft zu beseitigen wünschen, haben wir dieses Eisenbahngesetz eingebracht, nicht usslich deshalb, aber es ist ein Teil der Beweggründe. Es ist ja nicht anders möglich, als daß, wenn zwei verschiedene Stellen, mit verschiedenem Beamten eine konkurrierende Auffassung ausgeübt werden soll, auch wenn beide mit derselben Treue und Hingabe nicht nur denselben Monarchen und dem Lande dienen, sondern auch in ihren Hauptüberzeugungen in derselben Gesamtrichtung operieren, — es ist ja ganz unvermeidlich, daß, wenn sie nichts von einander wissen, ohne sich gegenseitig zu fragen und ohne unter einander abzustimmen, beide ihren eigenen Weg verfolgen, den sie für den richtigen halten, daß sie nach kurzer Zeit, wenn sie die Distanz unter sich abmessen, sich selbst wiederfinden, wie weit sie auseinander gekommen sind, und dann sofort Diskussionen erheben, über deren Abschließung eigentlich keine Instanz ist. Wir sind ja in früheren Zeiten — es ist bei der einheitlichen Geschlossenheit, mit der jetzt das Ministerium zusammengesetzt ist, Gott sei Dank selten, ich glaube sogar ganz absolut geworden — weit über die Triplik und Quadruplik gegenüberliegender Erörterung in zwei verschiedenen Rechtsystemen hinausgekommen, sogar die siebenfache Erwiderung — ich will gar nicht die barbarische Bezeichnung dafür latinsieren, — hat stattgefunden, und doch waren wir, die Urheber dieser Polenit, im Gangen derselben staatlichen Richtung angehörig. Um wie viel leichter also ist es, daß in technischen Beziehungen, bei denen sich in der einen Partie, ich will nicht sagen politische, aber doch gesamtstaatlichen Rückichten notwendig mehr einmischen müssen, als in der anderen, daß diese Richtungen weiter auseinandergehen. Wenn ich gefragt habe, daß ich oder vielmehr das Reichskanzleramt in Bezug auf seine Entwürfe der Reichsgesetze auch die Unterstützung der preußischen Regierung nicht gehabt habe, so habe ich damit der preußischen Regierung, resp. dem Rechtsystem einen Vorwurf machen wollen als wie der königlich sächsischen. Es würde sich ja sehr wenig für mich passen, hier von dieser Stelle aus einer verbündeten oder befreundeten Regierung einen Vorwurf machen zu wollen; ich habe nur einen thatfächlichen Zustand charakteristisch wollen und Ihnen und der Öffentlichkeit nahelegen, daß dies ein Zustand ist, der eigentlich nicht stattfinden sollte, der

aber beim besten Willen und bei der größten Übereinstimmung von zwei konkurrenzenden Behörden, die eine und dieselbe Sache ohne die Möglichkeit der Verständigung unter sich bearbeiten, hat notwendig erfolgen müssen. Also alle Schritte, die daraus etwa gezogen werden könnten, als ob zwischen dem Handelsminister und einer anderen Stelle, zwischen dem Finanzminister und anderen Mitgliedern des Ministeriums Meinungsverschiedenheiten stattfänden — Männer sind ja immer wahrscheinlich — sind grundlos. Über das, was wir vorlegen, ist übereinstimmend von Allen beschlossen worden, dem Wortlaut und dem Sinne nach, und wir sind über die ganze Sache in dem Maße einig, daß ich nur wünschen möchte, daß wir auch mit dem Herrn Vorredner und seiner Partei in derselben Einigkeit uns befinden, wie unter uns, dann würde die Sache ganz gut und glatt gehen (Heiterkeit.)

Abg. v. Wedell-Malchow: Die Einwendungen, welche man gegen die Vorlage dahin gemacht hat, daß die Schäden auch durch ein Reichseisenbahngesetz bejaht werden könnten, sind zum Theil unbegründet, zum Theil unbedeutend. Es ist klar, daß das Reichseisenbahngesetz Anordnungen treffen muß, welche für viele Privatbahnen schädlich sind, wenn es nicht Fühlung hält mit dem praktischen Betriebe namentlich in Sachen der Tariffrage. Ich habe zwar nicht eine so eingehende Kenntnis des betreffenden Materials wie der Abg. Richter, doch bin ich als Mitglied der Tarif-Enquete-Kommission zu der Überzeugung gelangt, daß ein wirksames Eisenbahnaufsichtsgesetz auf dem Wege der Unterhandlungen nicht zu Stande zu bringen ist. Wenn das nach meiner Meinung nicht möglich ist, so kann den bestehenden Nebelständen in keiner anderen Weise abgeholfen werden, als wenn das Reich in den Besitz mächtiger Bahnen gevestigt wird. Deshalb sollte man im öffentlichen Interesse keinen Widerstand dagegen leisten, daß das Reich auf die preußischen Bahnen feste Hand legt. Wenn gegen das jetzige Unwesen nicht Remedium geöffnet wird, dann ist es besser, daß man die betreffenden Artikel aus der Reichsverfassung überhaupt streicht, und dem preußischen Handelsminister die volle Freiheit zurückerstellt, denn der jetzige Dualismus ist namentlich der Regierung der Tariffrage schädlich. Volkswirtschaftlich halte ich jede Eisenbahn für ein Monopol, welches gesetzlich bekränzt werden muß. Dazu ist die Konkurrenz, allein nicht ausreichend, denn trotz derselben wird der Lokalverkehr in monopolistischem Interesse dem durchgehenden Verkehr nachgehen. Wenn es auch nur möglich ist, auf den Reichsbahnen eine gesunde Regelung der Tarifffrage herbeizuführen, so ist das schon ein ungeheuerlicher Vorteil. Die Zahlen, welche der Abgeordnete von Schorlemmer angeführt hat, sind sehr ansehnlich und man kann sehr leicht anstatt der von ihm angeführten zehn Milliarden nur sechs herausrechnen, welche für den Ankauf sämtlicher deutschen Bahnen genügen. In Betreff der Differentialtarife habe ich die Überzeugung, daß sie in ihrer jetzigen Ausdehnung den Wohlstand des Landes schädigen. Denn es ist ein ungünstiger Zustand, wenn auf deutschen Bahnen deutsche Produkte teurer gefahren werden als ganz gleichartige ausländische. Es wird zwar nicht möglich sein, hier vollständige Remedium zu schaffen, doch wird man die größten Auswüchse des jetzigen Systems beseitigen können. Ich bitte die Gegner der Vorlage zu überlegen, daß mit der Ablehnung die gerechtfertigte Forderung der Nation nach einem billigen Tarifsystem und einer gesunden Regelung des Eisenbahnbewesens auf lange Zeit verschoben wird.

Handelsminister Achimbach: Auf mich hat die ganze Debatte den Eindruck gemacht, als ob die Qualität der Vorlage doch nicht ganz so schlecht sein muß, als ihre Gegner schreiben. Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß jeder Angriff gegen Gegenstände gerichtet war, welche von der Vorlage gar nicht berührt werden. Abgesehen davon, daß man gesprochen hat von der Übertragung aller Bahnen, hat man uns gewarnt ferner vor der Bevorzugung des preußischen Beamtenkunstes; man hat gesagt, wir wollen die Banquier-Geschäfte und den Schwund wieder heben, wir machen dem Lande große Versprechungen, die wir nicht halten können, und man hat endlich behauptet, daß diese Vorlage ein Alt der Ueberrumpfung und der Gewaltthätigkeit gegen die Volksvertretung sei. Alle diese Vorwürfe berühren nicht das, um was es sich hier handelt. Unter ausdrücklicher Billigung dieses Hauses haben wir seit einer Reihe von Jahren unser Staatsbahnsystem zu konsolidieren gesucht, weil man erkannte, daß ein solcher Alt nicht identisch sei mit der Ausdehnung einer Privatbahn, sondern daß das Eisenbahnbewegen regulirt und erleichtert werde, wenn der Staat starke Hand auf dasselbe legt. Da zu gleicher Zeit die Aufgabe der einheitlichen Regelung des Eisenbahnbewesens an das Reich herantrat, so mußten wir uns fragen, ob es nicht besser ist, daß genannte Regelungsmittel dem Reich abzutreten. Unterstützt wurde dieser Entschluß dadurch, daß andere Reform-Versuchen sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellten. Wenn Sie nämlich die Materie auf dem Wege der Gesetzgebung regeln wollen, so haben Sie zwei Wege. Entweder Sie müssen die Befugnisse des eingerichteten Reichseisenbahnamts beschränken und dem Bundesrattheit nur eine allgemeine Kontrolle über das Eisenbahnbewegen übertragen und dazu wird der Reichstag wohl nie seine Zustimmung geben — oder Sie müssen die Befugnisse des Eisenbahnamtes vermehren durch einschneidende gesetzgeberische Maßregeln, und dann sind Neubungen zwischen den Staaten mit vielen Staatsbahnen und dem Reichsamt unvermeidlich. Aus dieser Erkenntnis resultiert auch die Opposition der Bundesstaaten gegen diesen Weg. Deshalb hat die preußische Regierung einen Vermittlungsweg, einen Weg der Versöhnung aller Elemente eingeschlagen in der Absicht, die Reichsgesetzgebung auf einen wirksamen Boden zu stellen. Glaubt der Abg. Birchow, daß er die Reichsregierung nur voll und ganz unterstützen könnte in der Einreichung einschneidender Aufsichtsrechte, so wird die Zukunft zeigen, daß ein solch bedeutender Besitz einflussreicher ist, als alle Aufsichtsrechte. In dieser Ansicht ist der Ministerpräsident mit mir einer Meinung. Ich warne zwar vor der Hoffnung eines Eisenbahnelosums, ich trete aber keineswegs einem ehrenvollen Rückzug an. (Heiterkeit.) Wenn uns der Abg. Birchow dazu seine freundliche Hilfe anbietet, so muß ich ihm vorläufig noch bestens dafür danken. (Heiterkeit.) Stimmen Sie also dieser versöhrenden Vorlage bei und fürchten Sie sich nicht, auch nicht vor den nächsten Wahlen! (Heiterkeit. Beifall.)

Minister Friedenthal verwahrt sich gegen die Unterstellung des Abg. v. Schorlemmer, für den Ankauf aller Privatbahnen plädiert zu haben. Gegen den Vorwurf Birchow's, daß er sozialdemokratische Grundsätze vertrete, bemerkte er, daß er das Wahre in jenen Theorien stets anerkannt habe und das für das wirksamste Mittel halte, dem Falschen entgegenzutreten. Ebenso verhalte es sich mit der ihm zugeschriebenen Begünstigung der agrarischen Interessen. Damit wird die Diskussion geschlossen.

Bei der am 1. Mai Abstimmung wird der § 1 in seinen ersten 4 Nummern mit 206 gegen 165 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmt das Gros der Nationalliberalen, sowie die freien und neukonservativen Parteien, außerdem die Abg. Löwe und Schmidt (Stettin); gegen die Vorlage die Fortschrittspartei und

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Danck & Co.,  
Haasestein & Vogler, —  
Rudolph Wose.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank.“

Montag, 1. Mai  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Insetta 20 Pf. die schmalste Seite oder einen Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

das Zentrum, die Polen, die Altkonservativen, Abg. v. Manthey und Tempelhoff und v. Richthofen, die freikonservativen Abg. Rasse und Reinde (Eckernförde) und die nationalliberalen Abg. Dohm, Kalle, Kieck, Schröder (Königsberg) und Wulfshain. — Die Abg. v. Benda, Schmidt (Reetz) und Duvier enthalten sich der Abstimmung.

§ 2 bestimmt, daß die im § 1 unter Nr. 1, 3 und 4 erwähnten Vereinbarungen der Genehmigung des Landtages vorbehalten bleiben.

Ein Amendement des Abg. Riecke ist später will diesen Vorbehalt auch auf die Nummern 2 und 5 des § 1 ausdehnen. Der Antragsteller motiviert seinen Antrag damit, daß ohne sein Amendement die unter Nr. 2 und 5 erwähnten Vereinbarungen abgeschlossen werden, also ein Theil dieses Gesetzes ohne den andern zur Ausführung gelangen könnte.

Abg. Laßle: Die Nr. 1, 3 und 4 betreffen Verträge privatrechtlicher Natur, während 2 und 5 sich auf Hoheitsrechte beziehen. Die Übernahme eines Hoheitsrechts eines Einzelstaates auf das Reich kann nur im Wege eines Reichsgesetzes geschehen, es bedarf nicht der Zustimmung dieses Einzelstaates, es kann in dieser Beziehung kein Privatvertrag zwischen Reich und Einzelstaat geschlossen werden. Ein Präzedenz gibt die Ausdehnung der Kompetenz des Reiches auf das Privatrecht. Die der Partei des Herrn Reichensperger analoge Partei im bairischen Landtag hielt damals die Zustimmung der Einzelparlamente für nötig, die bairische Regierung hat dieser Ansicht aber nicht zugestimmt. Das Amendement Reichensperger ist reichsverfassungswidrig. Ich bitte, entweder bei der heutigen Abstimmung auf Nr. 5 ganz zu verzichten oder bei der dritten Lesung eine den Gegenstand klarstellende Resolution anzunehmen.

Der Habelsmitte erklärt die Vorlage als ein Ganzes, die Regierung werde auf Grundlage des Gesetzes nicht den einen Theil ohne den anderen ausführen. In Bezug auf die Nummer 5 steht die Regierung auf dem von dem Abg. Lascher vertretenen Standpunkt.

Abg. Reichensperger: Die Übertragung der Eisenbahnen kann allerdings nur durch Reichsgesetz perfekt werden, die preußische Regierung hat aber nicht in Widerspruch mit der Reichsverfassung gehandelt, wenn sie vorher eine Ermächtigung von uns nachsucht.

Abg. Windthorst will mir seinen Widerspruch gegen die Nr. 5 des § 1 aussprechen und behält sich vor, bei der dritten Lesung auf die Bemerkungen des Abg. Lascher zurückzukommen.

Abg. Dr. Hanel: Ich begreife nicht, wie die Regierung von ihrer Stellung aus eine solche Nr. 5 des § 1 dem Gesetz hat einzufügen können; gerade dadurch wird dem Particularismus besonders in Süddeutschland wieder Thor und Thor geöffnet. Es ist dies ein neues Beispiel für die ohnehin so vielfach nachschöne Art und Weise, wie bei uns die Gesetze redigiert wird.

Abg. Lascher: Ich habe geglaubt, bei dem Abg. Hanel eine freundliche Unterstützung für meinen Antrag zu finden, bedaure aber, daß er statt dessen die bittere Stimmung über den Misserfolg seiner Partei zum Ausdruck gebracht hat. (Lebhafter Widerspruch und Murren in der Fortschrittspartei.) Ja, meine Herren, ich weiß, daß Sie es besser verstehen, ihre Gegner durch Gelächter und Zwischenbemerkungen zu unterbrechen und ihre Freunde besser zu unterstützen, als die Mitglieder der gemäßigten liberalen Partei. (Erneute Unruhe.)

Abg. Hanel: Gegen diese Bemerkung muß ich entschieden protestieren. Wenn der Abg. Lascher die Zeitungen seiner Freunde liest, so wird er gewisse Schilderungen darin finden von einer Ecke, die in seiner nächsten Nähe sich befindet und die durch Unterbrechungen und Zwischenrufe in keineswegs minder starker Weise ihren Widerspruch äußert, als unsere Partei. Wie ich dazu kommen sollte, irgend einer Bestimmung dieser Vorlage eine freundliche Zustimmung entgegenzubringen, weiß ich nicht. Ich bin von Anfang an der entschiedenste Feind dieser Vorlage, die ich gerade im Interesse des Reiches für grundverderblich halte.

Die Nr. 5 des § 1 wird hierauf nach dem Antrag Lascher gestrichen, demnach ist der Antrag Reichensperger abgelehnt und § 2 unverändert angenommen. Schluss 5½ Uhr. Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Dritte Lesung der Eisenbahnvorlage.)

## Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 29. April. [Wöchentlicher Bericht] Die politisch und sonstigen Befürchtungen schienen die Börse nach und nach abzusteuern, denn je weiter wir in dieser Woche vorschriften um so sicher zeigte sich die allgemeine Haltung. Die Zuversicht auf eine günstige Wendung der Verhältnisse gewann fortgesetzt Intensität und fand in regen Umsätzen sowie in der steigenden Coursbewegung genügend Ausdruck. Und doch darf man sich hiervom nicht blenden lassen; ein großer Theil der effekturierten Käufe war eben nur eine Folge des Deckungsbedürfnisses der Contremine und erst in den jüngsten Tagen schien die Spekulation auch Neukäufe ausgeführt zu haben. Auch hierin gingen wir conform mit Wien und waren es naturgemäß auch in der letzten Zeit so sehr gedrückt österreichischen Effekten, welchen sich zunächst die Aufmerksamkeit der Spekulation zuwandte. Daß dieselben in Wien augenblicklich gesucht waren, bot auch für den heutigen Platz Veranlassung und man folgte der Wiener Börse ohne die Motive, die für jene wohl bestimmt gewesen sind, einer kritischen Prüfung zu unterwerfen. Nicht einer wirklich greifenden Besserung der einschlägigen Verhältnisse ist jene Bewegung in Wien entsprungen, sondern auch dort war das Deckungsbedürfnis die eigentliche Triebfeder. Österreich vermögt nicht von allen Seiten herzustromenden Effekten aufzunehmen.

Die Liquidation vollzog sich leicht und schnell. Die Depotsätze waren nicht zu hoch und hielten sich auch ziemlich stabil, ein flüssiger Geldstand unterstützte die Regulirung, und allen Anzeichen nach ist der diesjährige Monatsschluss für unsere Börse gewinnbringend. Der Verkehr im Einzelnen war nicht sonderlich von Belang. Den Rücktritt des Staatsministers Delbrück legte sich die Börse in Augenblick des Bekanntwerdens in ihrer Weise zurecht. Man sandte sich bestürzt, daran Kombinationen in Bezug auf die Schatzvollbestrebungen zu knüpfen, die dies Ereigniß als Niederlage der Opposition erscheinen ließen und sah im Geiste bereits eine Wandlung zum Schutz gedrückter Industriezweige sich vollziehen. Dafürherzu wohl ebenso wenig positive Unterlage in den bezüglichen Verhältnissen geboten sein wird, als zu der vom Reichskanzler bereits in entchiedener Weise verurtheilten Annahme, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Delbrück bestanden hätten, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Thatsache bleibt es aber, daß von diesem Augenblick ab auf allen Geschäftsbereichen ein Umschwung Platz griff, der aber, gethützt auf die besseren wiener Nachrichten, auch sonst wohl eingetreten wäre; die

Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers ließen die Börse kalt und erwiesen sich sehr bald als unbegründet.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

**Wiesbaden**, 29. April. Der Kaiser hielt heute Morgen eine große Parade über die hiesige und biebricher Garnison, welche jedoch in Folge eines sehr heftigen Gewitterregens früher beendet wurde. Anlässlich des heutigen Geburtstages des Kaisers von Russland findet heute ein großes Diner bei Sr. Majestät statt, zu welchem die hier weilenden fristlichen Gäste, sowie Mitglieder der hiesigen russischen Kolonie Einladungen erhalten haben.

**Straßburg i. E.**, 29. April. Die „Strassb. Z.“ veröffentlichte die unter dem 28. April v. vollzogene kaiserliche Verordnung wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Januar 1873, betreffend die Bezirksvertretungen, Kreisvertretungen und Wahlen zu den Gemeinderäthen, durch welche die nicht ausgewanderten Optanten das Wahlrecht erhalten.

**Wien**, 29. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus der Herzogswina, sind seit Donnerstag im Dugapass Kämpfe statt. Über den Erfolg derselben ist Zuverlässiges bis jetzt nicht bekannt.

Wie dem „Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ aus Serajewo gemeldet wird, haben die christlichen Bewohner in der Umgebung von Petrovaz sich unterworfen und sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Behörden haben denselben die versprochene Hilfe an Lebensmitteln und Baumaterialien geleistet.

**Wien**, 30. April. Heute hatten die Minister v. Wendheim und Szenda von Kovestra eine Privataudienz beim Kaiser. Morgen dürfte wieder eine gemeinsame Konferenz stattfinden. — Die Inthronisation des Erzbischofs von Wien, Kutschker, hat heute Vormittag stattgefunden.

**Pest**, 29. April. Der „Pester Korrespondenz“ wird aus Wien gemeldet: Der ungarische Ministerrath, zu welchem auf Einladung Tisza's auch die Minister v. Trefort, Szenda, v. Pechy und Bedekovics eingetroffen waren, währte bis spät in die Nacht und wurde heute Morgen fortgesetzt. Um 10½ Uhr früh begab sich Tisza zu dem Grafen Andrássy, um diesem das Ergebnis der internen Beratung mitzutheilen. Nachmittags werden die Minister Trefort und Pechy nach Pest zurückreisen, die übrigen bleiben vorläufig hier.

**Paris**, 30. April. Der hiesige österreichische Botschafter, Graf Apponyi, hat gestern (Freitag) dem Marschall-Präsidenten sein Abberufungsschreiben überreicht und wird noch im Laufe dieser Woche abreisen. Bis zur Ernennung eines neuen Botschafters wird der erste Botschaftssekretär, Graf Kueffstein, die Botschaftsgeschäfte versehen. — Eine der „Agence Havas“ aus Madrid angebende offizielle Depesche weilt mit, daß die vorbereitenden Arbeiten für die Aufhebung der Fueros fortduern. Die Regierung wird

keine Diskussion über diese Angelegenheit zulassen. Die Steuerlasten sollen denen der übrigen Provinzen gleich sein. Die Regierung wird den Delegirten der baskischen Provinzen nur eine konsultative Stimme bei der administrativen Reform zugestehen. In der Depesche heißt es weiter: Es ist allerdings ein gewisses Unbehagen in den baskischen Provinzen vorhanden, welches sich voraussichtlich noch vermehren dürfte, wenn ihre langjährige Organisation aufgehoben wird. Es ist die Anordnung getroffen, daß die Okkupationsarmee in den baskischen Provinzen zum großen Theile auf Kosten der Provinzen erhalten wird, damit dieselben allmälig daran gewöhnt werden, zu den öffentlichen Lasten beizusteuern.

**Rom**, 29. April. Der König von Griechenland und die königliche Familie, sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark sind hier eingetroffen und am Bahnhofe vom Könige empfangen worden. Dieselben empfingen im Laufe des Vormittags die Besuche des Königs Viktor Emanuel, sowie des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Italien und erwiderten dieselben. Der Aufenthalt des griechischen Königspaares hier selbst ist auf 4 Tage bemessen. — Der König hat gestern Vormittag dem Prinzen Karl und der Frau Prinzessin Karl von Preußen einen längeren Besuch abgestattet, welchen dieselben um Mittag erwiderten.

**London**, 28. April. Im Unterhause machte Unterstaatssekretär Lowther auf eine Anfrage Thornhill's die Mittheilung, daß nach einem von heute datirten Telegramm des Gouverneurs von Barbados die Unruhen derselbst schon seit Sonnabend gestillt seien. Die Zahl der sofort verhafteten Personen betrage 90, seitdem sei noch gegen 100 andere der Verdacht der Theilnahme an den Unruhen und der Ausnahme gestohlenen Gutes angeregt worden. Bei den Unruhen sei eine Person getötet, 18 seien verwundet worden, von den letzteren seien noch 2 nachträglich gestorben. Die Polizei habe zwei Mal unter die Aufrührer geschossen. Zu einer Besorgniß, daß sich die Unruhen erneuern könnten, liege nicht der geringste Grund vor.

Das amtliche Blatt publiziert eine aus Windsor vom heutigen Tage datirte Proklamation der Königin, wonach dieselbe den Titel: „Kaiserin von Indien“ angenommen hat. — Das hiesige Handelsamt hat die wegen des Zusammenstoßes des „Strathclyde“ und der „Franconia“ vor mehreren Wochen angeordnete handelsamtliche Untersuchung wieder aufgehoben.

**Petersburg**, 29. April. Die Psforte hat, wie von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, von den Mächten die moralische, nicht die bewaffnete Mitwirkung verlangt, um die Unterstützung der Aufständischen durch ihre Nachbarn zu verhindern.

**Konstantinopel**, 30. April. Der Regierung ist aus der Herzogswina folgende Meldung zugegangen: Mourkhtar Pascha ist, nachdem er die Insurgenten vollständig geschlagen und ihre Positionen eingenommen hatte, in Niksic eingerückt.

**Neustadt a. d. Haardt**, 1. Mai. Die hier veranstaltete Alt-

katholiken-Versammlung der Rheinpfalz, von Baden, Rheinhessen und Rheinpreußen war sehr zahlreich besucht. Professor Knodt (Bonn) und Pfarrer Meiss (Heidelberg) sprachen unter großem Beifall über die altkatholische Reformbestrebung. Die vorhergegangene Delegirten-Versammlung der pfälzischen Gemeinden sprach sich mit 15 gegen 3 Stimmen für die Aufhebung des Priesterölibats aus.

**Rüdesheim**, 30. April. Heute Nachmittag platzte der Dampfkessel des an der hiesigen Landungsbrücke gelegenen Trajektkörpers „Louise“, wobei etliche 30 Personen verunglühten; bis zum Abend waren vier Leichen aufgefischt, zwei hiesige Frauen werden vermisst.

**Wien**, 1. Mai. Unterrichterseits wird gemeldet, die Meldung hiesiger Blätter, der Kaiser werde anlässlich des nächsten Besuchs des Baaren in Berlin sich auch dorthin begeben, ist unbegründet. Dagegen reist sicherem Vernehmen nach Graf Andrássy anlässlich der bevorstehenden Anwesenheit des russischen Kaisers und des Fürsten Goritschko in Berlin auf besondere Einladung im Laufe nächster Woche für einige Tage gleichfalls dorthin.

**Nagusa**, 1. Mai. Alle Nachrichten bestätigen die ausreichende Verproviantirung von Nisics durch Mourkhtar-Pascha nach siegreichen Kämpfen.

**Konstantinopel**, 1. Mai. Die Regierung veröffentlicht folgendes Telegramm Mourkhtar-Pascha's vom 28. April über die Besetzung Nisics. Wir verließen gestern Gaclo und kämpften heute mit einer großen Anzahl Insurgenten bei Afrakta. Die Insurgenten wurden in Unordnung zurückgeworfen, ihre Verschanzungen von den Truppen genommen, welche siegreich den Proviant nach Nisic geleiteten. Ich bringe die bevorstehende Nacht in Nisic zu.

**Belgrad**, 1. Mai. Fürst Milan verhandelt seit gestern mit Stewic, Ristic und Grlic wegen Übernahme des Ministeriums.

### Angekommene Fremde

1. Mai.

**Wolin**'s Hotel de Dresden. General v. Lampe und Hauptmann Welter a. Berlin, Hauptmann Wagemann a. Hamburg, Rittergutsbes. Pr.-Lt. Mollard aus Gora, Justizräthlin Frau Naglo-Schliron, Uffz. Inspektor Coesterhöf a. Berlin, die Baumeister Graenert, Löwe, Gebr. Heymann, Bandau u. Franke a. Berlin, Kallmann, A. Rafel, Boos a. Schwerin, Baumeister Gottwald a. Berlin, Fabrikant Schöpfe a. Berlin, die Kaufleute Gelhorn a. Danzig u. Otto a. Oranienburg.

**Hotel de Paris**. Die Kaufleute Kosminski aus Miloslaw, Burzloriski a. Polen, Frau Schnelle a. Lodz (Russland), Franke aus Lissa, die Gutsbesitzer Grabowksi a. Gorzowo, Grudzielski a. Gnesen, die Ackerbausöhler v. Krusenstki a. v. Michelski a. Zabidow, Acad. med. Gryglewicz u. Jaworowicz a. Greifswald, Rentier Eichon aus Ratibor.

**Hotel de Berlin**. Gutsbesitzer Hoffmair a. Nikosten, Arzt Dr. Heller a. Breslau, die Inspektoren Kuwafinski aus Czarnikau u. Stenker a. Königsberg, die Kaufleute Friede und Glaser a. Tremeschna, Silberman a. Rawicz, Lieut. Graf Roeden a. Bützow, Erlich aus Kosnowo, Zivil-Superum. Wierzbinski a. Kosken.

### Börsen-Telegramme.

(Schlußfurte.)

**Berlin**, den 1. Mai 1876. (Telegr. Agentur.)

Not. v. 29.	
Märkisch-Posen E. A. 19 —	19 50
do. Stamm-Prior. 64 90	64 90
Kölner-Mündener E. A. 100 25	100 —
Rheinische E. A. 114 60	114 50
Oberpfälzische E. A. 140 25	139 25
Dest. Nordwestbahn 216 25	215 50
Kronprinz Rudolf-B. A. 46 —	45 75
Dest. Banknoten 169 50	178 90
Russ. Bod.-Kr.-Pfdbr. 85 40	85 25
Poln. Körps-Pfandbr. 76 75	66 75
Pol. Provinzial-B.-A. 97 90	97 75
Öst. Deutsche B.-A. 85 50	90 —

**Berlin** den 1. Mai 1876. (Telegr. Agentur.)

Not. v. 29.	
Weizen flau,	199 50
Mai-Juli	203 —
Sept.-Okt.	210 —
Roggem fester,	147 50
Mai	145 —
Sept.-Okt.	148 50
Rüböl matt,	1860er Loope
Mai	61 50
Sept.-Okt.	62 80
Spiritus fester,	44 90
Iolo	44 80
Juni-Juli	45 10
Juni-Juli	45 90
Aug.-Sept.	48 —
Hafer	165 —

**Stettin**, den 1. Mai 1876. (Telegr. Agentur.)

Not. v. 29.	
Weizen ruhig	199 50
Mai-Juni	204 50
Sept.-Okt.	208 20
Roggem ruhig	141 —
Mai-Juni	142 141 50
Sept.-Okt.	145 50 146 —
Hafer, Mai-Juni	161 —

### Börse zu Posen.

**Posen**, den 1. Mai 1876. [Amtlicher Börsenbericht.]

Fonds: kein Geschäft.

**Roggem**. Gefündigt — Cr. Kündigungsspreis 145 M. per Mai 145, Mai-Juni 145, Juni-Juli 148, Juli-August 151, August-Sept. 152, Herbst 152.

**Spiritus** (mit Fass). Gefündigt 95,000 Liter. Kündigungsspreis 43,70, per Mai 43,70, Juni 44,20, Juli 45, August 45,70, Sept. 46,40, Oktbr. 46. Voko-Spiritus (ohne Fass) 43 M.

**Posen**, den 1. Mai 1876. [Börsenbericht.] Wetter: schön.

**Roggem** behauptet. Gefündigt — Cr. Kündigungsspreis — per Mai u. Mai-Juni 145 b., Juni-Juli 148 b. u. B., Juli-August 151 b. u. B.

**Spiritus** behauptet. Gefündigt 80,000 Liter. Kündigungsspreis per Mai 43,60—70 b. u. G., Juni 44,20 b., B. u. G., Juli 44,90 b.

### Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

**Posen**, den 1. Mai 1876

Pro 50 Kilogramm			
feine Waare.	mittlere Waare.	ordinäre Waare.	
Mt. Pf.	Mt. Pf.	Mt. Pf.	
Weizen	10 10	9 10	8 60
Roggem	7 70	7 20	7 00
Gerste	7 80	7 30	7 10
Hafer	9 00	8 20	7 80
Kartoffeln	1 20	1 10	1 00

### Durchschnitts-Marktpreise

nach Ermittlung der Königlichen Polizei-Direktion.

**Posen**, den 1. Mai 1876.

pro 100 Kilogramm.			
Gegenstand.	schwere Waare.	mittl. Waare.	leichte Waare.
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Weizen	18 80	17 80	20 70
do. gelber	18 —	17 —	19 40
Roggem	16 40	15 90	15 10
Gerste	17 —	16 30	15 40
Hafer	19 80	19 30	18 70
Erbse	20 50	19 40	19 —

Andere Artikel.			
	höchster Preis.	niedrigst.	Mitte.
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
<tbl\_info cols="4